

Die Kirche braucht mehr Geld für Kitas. Ihre Einnahmen aber sinken. Ein Brief sorgte für Kritik im Steweder Rat. Dazu äußert sich der Kirchenkreis Lübbecke.

Kitas: „Wir haben mit offenen Karten gespielt“



Die evangelischen Träger möchten die 25 Einrichtungen im Lübbecke Land nach Möglichkeit weiter in ihrer Trägerschaft behalten, betonen Carsten Schöneberg (l., Verwaltungsleiter Kreiskirchenamt) und Superintendent Uwe Gryczan. Foto: Joern Spreen-Ledebur

Joern Spreen-LedeburJoern Spreen-Ledebur

Lübbecke Land. Der Kirchenkreis Lübbecke hat die Städte und Gemeinden im Lübbecke Land um finanzielle Hilfe für den Betrieb der Kindergärten gebeten. Im Steweder Rat wurde über einen Brief aus dem Kreiskirchenamt an die Bürgermeister und Fraktions-Vorsitzenden diskutiert. Den Hinweis, dass über den „Rückbau“ von Gruppen oder Einrichtungen gesprochen werden müsse, wenn der Bitte nicht entsprochen werde, empfanden Ratsmitglieder als Drohung.

Superintendent Uwe Gryczan und Carsten Schöneberg, Verwaltungsleiter im Kreiskirchenamt, widersprechen. Sie stellen auch klar, dass Träger von Kitas wie etwa der Kirchenkreis Lübbecke aus rechtlichen Gründen keine Kita schließen könnten. Prinzipiell dürfe jedoch ein Träger seine Trägerschaft an das zuständige Jugendamt zurückgeben. Das Jugendamt müsse dann einen neuen Träger finden oder eine Kita selbst

bewirtschaften.

Kirche hat sich wegen Briefs nichts vorzuwerfen

Im Lübbecker Land gibt es derzeit 25 evangelische Kitas. Hier werden mehr als 1.700 Kinder betreut. Die kirchlichen Träger möchten nach Angaben von Uwe Gryczan und Carsten Schöneberg nach Möglichkeit wie bisher alle 25 Kitas in ihrer Trägerschaft behalten. Das machten beide im Gespräch mit der NW deutlich. Hinsichtlich des Briefes habe man sich nichts vorzuwerfen.

Während der Ratssitzung in Stemwede hatte Bürgermeister Kai Abruszat angekündigt, dass es in dieser Woche ein Gespräch zwischen Kirchenkreis und den sechs Bürgermeistern geben werde. Abruszat hatte dafür plädiert, den Gesprächsfaden aufzunehmen. Er hatte aber deutliche Kritik in Richtung Kirchenkreis geübt. Es sei nicht partnerschaftlich, Gespräche mit der unverhohlenen Ankündigung zu belasten, Gruppen oder Einrichtungen zur Disposition zu stellen.

So wollen Uwe Gryczan und Carsten Schöneberg ihren Brief auch nicht verstanden wissen. Sie setzen auf den Dialog und machen deutlich, dass die Kirche angesichts sinkender Steuereinnahmen und sinkender Mitgliederzahlen Probleme hat. Die Aufwendungen für die Kitas seien mit einem Anteil von neun Prozent des Kirchensteueraufkommens der größte Einzelposten.

Für das kommende Jahr erwarten Schöneberg und Gryczan einen Anstieg dieses Anteils auf knapp zwölf Prozent. Genau werde das im Oktober feststehen. „Ziemlich deutlich“ werde der Rückgang bei der Kirchensteuer ausfallen. Das sei dem Kreissynodalvorstand am Montagabend mitgeteilt worden. Schöneberg rechnet mit 480.000 Euro weniger.

Die Kinderbetreuung sei eine staatliche Aufgabe, das Kreisjugendamt übernehme die Bedarfsplanung und habe verschiedene Partner, darunter die evangelischen Gemeinden. Weil es eine originär staatliche Aufgabe sei, müsse das auch vom Staat finanziert werden. Das erfolge aber nicht zu 100 Prozent, denn Träger übernahmen einen gewissen Eigenanteil, weil davon auszugehen sei, dass ein Träger auch Interesse an dieser Arbeit habe.

Es gebe unterschiedliche Träger und die hätten auch unterschiedliche Trägeranteile. Die Kirche ist laut Schöneberg und Gryczan mit 10,3 Prozent der Träger, der den größten Anteil erbringen müsse. Finanzschwache Träger hätten einen Anteil von rund drei

Prozent, Elterninitiativen noch weniger.

Bei der jüngsten Reform des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) hätten die Kirchen gehofft, dass der von ihnen real zu tragende Anteil gesenkt werde „in Richtung des Anteils anderer Träger, weil wir nicht mehr so viel Steuern erhalten“. Prozentual sei der Trägeranteil der Kirche von 12,7 Prozent beim alten Kibiz auf 10,3 Prozent beim neuen Kibiz gesenkt worden.

Hoffnung auf neues Gesetz wurden enttäuscht

„Es gibt für uns nur ein Problem“, sagten Schöneberg und Gryczan. „Gleichzeitig hat man die Bemessungsgrundlagen nach oben verändert.“ Und Dinge, die vorher nicht in Trägeranteile gerechnet wurden, seien nun zu berücksichtigen. „Real haben wir nun eine Mehrbelastung für die kirchlichen Träger“, betonte Gryczan. Das sei in etwa so, als wenn Steuern gesenkt würden, aber gleichzeitig alle Freibeträge wegfielen. „Unterm Strich müssen Kirchen wegen anderer Bemessungsgrundlagen mehr zahlen.“ Der Kirchenkreis Lübbecke habe Mehrkosten von 70.000 Euro. Verhandlungen auf Landesebene wären aus Sicht von Gryczan und Schöneberg richtig. Aber die habe es gerade gegeben und hätten zur jetzigen Situation geführt. „Das ist für uns sehr belastend.“ Die Situation sei akut, man müsse reagieren. Wegen des steigenden Trägeranteils habe es bereits vor eineinhalb Jahren einen Auftrag der Kreissynode gegeben – darüber zu reden, wie der wachsende Teil reduziert werden könne. Im Jahr 2019 aber habe es das neue Kibiz noch nicht gegeben und voriges Jahr kam Corona.

Im Frühjahr sei der Auftrag der Synode wieder aufgegriffen worden. „Die Herangehensweise haben wir bewusst gemacht“, sagte Gryczan. Der Antrag des Kirchenkreises sei allen Bürgermeistern und dem Kreisjugendamt gleichzeitig übermittelt worden. Der Kirchenkreis habe transparent Zahlen geliefert und Alternativen aufgezeigt, wenn sich die Finanzierungsrate nicht ändere. „Das war Teil des Verhandlungs-Auftrags.“ Auch die Fraktionen der Räte seien informiert worden.

Gryczan: „Wir haben mit offenen Karten gespielt – offen, fair und transparent. Wir wollten nicht pokern, wir wollen keine taktischen Spielchen.“ Es habe ihn dann überrascht, dass eine Kommune dann direkt im Rat darüber spreche und nicht im vorbereitenden Ausschuss, „wo wir gern ergänzend vorgetragen hätten“, merkte Schöneberg an. Dieses Angebot habe Stemwede bislang nicht genutzt.

Auftrag der Kreissynode soll erfüllt werden

Der Kirchenkreis verstehe auch die Probleme der Kommunen, denn eigentlich sei es ein landespolitisches Thema. „Wir können nicht so weitermachen wie bisher, weil es weniger Geld gibt“, betonten Gryczan und Schöneberg. Schauen müsse man, wie sich die Kirche an einigen Stellen umstrukturieren müsse, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Auf die hohe Qualität der Arbeit in den Kitas lege die Kirche großen Wert.

Würden die freiwilligen Leistungen wie beantragt gewährt, dann würde das von den Kommunen abgewickelt, sagten Gryczan und Schöneberg.

Darauf hätten sich die Bürgermeister 2018 geeinigt. „Wir sind auch dankbar, dass die Kommunen schon Teile des Trägeranteils übernommen haben.“

Der nominale prozentuale Trägeranteil der Kirche aber sei sehr hoch und deshalb bitte man um Unterstützung, „weil es sonst nicht mehr zu stemmen ist“.